

Der Jusos-Landesvorstand hat beschlossen:  
Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

Antragssteller: überwiesen von der LMV 2020 – ursprünglich UB Bremen-Stadt

## **Beschluss: Feuerwerk den Profis überlassen**

Wir fordern den privaten Gebrauch von Feuerwerkskörpern zu untersagen. Ersatzweise sollen zentrale Feuerwerke von professionellen Pyrotechniker\*innen durchgeführt werden. Durch ein Verbot von privaten Feuerwerken kann die Belastung von Mensch und Umwelt außerdem deutlich reduziert werden.

### **Begründung:**

Wie im Antragstext erwähnt senkt ein Verbot die Gefahr von körperlichen Verletzungen und entlastet die Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei.

Die Tendenzen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Missbrauch und die zweckentfremdete Nutzung von Feuerwerkskörpern zugenommen haben. An verschiedenen Schauplätzen im Stadtgebiet kam es zu erheblichen Sachschäden. Vor allem aber wurden Unbeteiligte nicht nur aus Versehen, sondern aus Absicht mit Böllern und Raketen ins Visier genommen, gefährdet und verletzt. Die Zustände an den Silvestertagen sind für uns nicht hinnehmbar. Zur Verringerung der Gefahr durch den privaten Gebrauch von Feuerwerkskörpern und zur Entlastung der Einsatzkräfte von Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei, die jedes Jahr in der Silvesternacht an ihre Kapazitäts- und Leistungsgrenze kommen,

Auch aus gesundheitlichen Gründen ist die Reduzierung der Feinstaubbelastung sinnvoll. So schreibt beispielsweise das Umweltbundesamt in seiner Broschüre "Dicke Luft zum Jahreswechsel": "Jährlich werden rund 4.200 Tonnen Feinstaub (PM10) durch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern freigesetzt [...]. Diese Menge entspricht [...] ca. zwei Prozent der jährlich gesamt freigesetzten Feinstaubmenge in Deutschland." Diese Belastung kann trotz ihrer Kurzfristigkeit zu Atemwegs- sowie Herz- und Kreislaufproblemen führen.

Weitere Argumente liefern die Belastung der Haustiere, die vor allem an dem starken Geräuschpegel in der Silvesternacht leiden, sowie die enormen zusätzlichen Kosten der Stadtreinigung, die sich erheblich reduzieren würden.